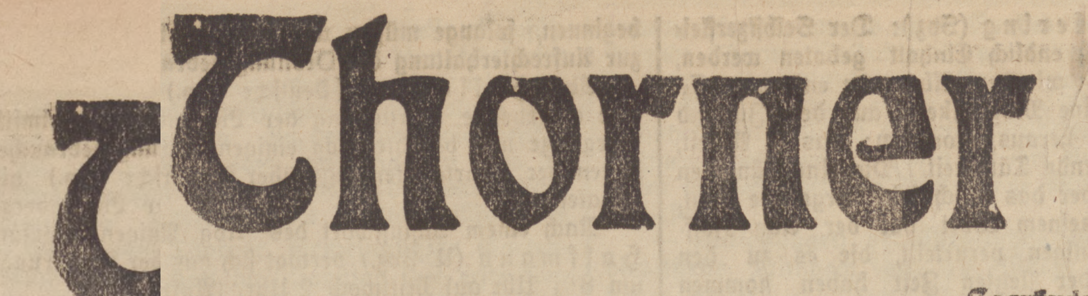



Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 66 — Mittwoch, 19. März — 1919

Wilson und der Gewaltfrieden.

Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß Wilson im Zwiegespräch mit dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden über den Waffenstillstand für sich und seine Verbündeten ausdrücklich und feierlich die 23 Punkte als Verhandlungsgrundlage anerkannt hat. Wenn man im übrigen über deren Auslegung verschiedener Meinung sein kann, so tritt aus ihnen doch das Slbstbestimmungsrecht der Völker als oberster Grundsatz ganz klar und deutlich hervor. Trotzdem haben sich die französischen Staatsmänner stärker als je in machtpolitische Vorstellungen verfangen. Ihnen kommt es nicht darauf an, eine neue Gemeinschaft der Völker aufzubauen, sondern nur darauf, Frankreich wieder zur ruhmbekränzten Herrscherin Europas zu machen. Clemenceau und sein Schatten Pichon widersetzten sich heute der Angliederung Deut'ch-Oesterreichs an das Reich, weil Deutschland gegenüber Frankreich dadurch zu groß und mächtig würde. Denn das Saarbecken und das linke Rheinufer, das als Ausgleich gefordert wurde, lassen sich nicht von Deutschland trennen, ohne die Grundlagen der Völkergemeinschaft Wilsons in die Luft zu sprengen.

Die Ankunft Wilsons in Paris scheint tatsächlich reinigend auf die Pariser Luft gewirkt zu haben. Der „Temps", der immer die Auffassung der französi'chen Regierung vertritt, hat entdeckt, daß der Raub deutscher Gebiete neue Brandherde erstehen lassen müsse. Er hätte noch einen Schritt weiter gehen können, um zu bekennen, daß es ein Rückfall in die barbarischen Formen der Machtpolitik ist, Staaten, die durch Geschichte und Volkstum, durch Wirtschaft und Kultur zusammengehören, gewaltsam an der Einigung zu hindern. Herr Pichon hat nämlich in der üblichen Wochenansprache an die Presse erklärt, in Detschösterreich werde keine Volksabstimmung vorgenommen, eine Vereinigung sei unmöglich. Er vergißt dabei, daß es sich hier um eine ge'ch'chtliche Entwicklung handelt, derenFormen und Ziele durch unüberwindliche Kräfte bestimmt sind. Was auch immer die von Erfolg verblendeten vom Machttaumel berauschten Staatsmänner in Paris fordern und verlangen, gegenüber Deutschland und Deutschösterreich wird auf die Dauer mit den veralteten Mitteln der Gewaltpolitik nicht durchzukommen sein. Der deutsche Volksgeist hat dieEinigung bereits vollzogen. Geschichte und Wirtschaft werden die Staatwerdung vollenden.

Neueste Nachrichten.

Von den Lebensmittellieferungen an Deutschland.

Amsterdam, 18. März (Dr.) Einer Reutermeldung aus Paris zufolge sind im Hinblick auf die Lieferung der ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland vo^n den verschiedenen alliierten Regierungen als sofort lieferbar angegeben werden: Von der britischen Regierung 30 000 To. Speck, 10 000 To. kondensierte Milch, 20 000 Tonnen Pflanzenöl, 2000 Tonnen Margarine, 2000 Tonnen Bratenfett, 50 000 Tonnen Rangoon-Bohnen, 15 000 Tonnen Hafermehl, 10 000 Tonnen Gersten- und Roggenmehl. Von der französischen Regierung Kabeliau, Maniobamehl, 50 000 To. Palmkerne, die schätzungsweise 15 000 To. Oel enthalten. Von Vorräten der amerikanischen Korngesellschaft in Europa: 40 000 Tonnen Weizen, 20 000 Tonnen andere Mehlsorten und 30 000 Tonnen Roggen.

Rotterdam, 18. März. (Dr.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge wird die erste Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in Höhe von 30 000 Tonnen innerhalb 20 Tage geliefert und von Rotterdam verschifft werden.

Hamburg, 17. März. (Dr.) Acht Dampfer sollen noch diese Woche den Hamburger Hafen zwecks Ueberführung von Lebensmitteln nach Deuschland verlassen. Der Riesendampfer Imperator soll erst später auslaufen. Die Seeleute machen ihre Anmusterung von der bindenden Zusage abhängig, daß sie nicht von Bord entfernt werden.

Keine Aussicht für einen neuen mitteldeutschen Generalstreik.

Berlin, 18 März. (Dr.) Der Aktionsausschuß für den Generalstreik in Mitteldeutschland erklärt dem „Berl. Tageblatt" aus Halle zufolge und entgegen anderslautenden Meldungen, daß in absehbarer Zeit an einen neuen Generalstreik nicht gedacht werden könne.

Zur Lage im Hamborner Kohlengebiet.

Berlin, 18. März. (Dr.) Nachdem in der vorigen Woche die Belegschaften der im Sterkrader Gebiet liegenden Zechen die Durchsetzung der 6stündigen Schicht beschlossen haben, haben heute die Hamborner Bergleute kurzerhand beschlossen, die 6stündige Schicht von heute ab einzuführen. Als Grund wurde angeführt, daß man sich dadurch schadlos halten wollte gegenüber der Weigerung der Zechenverwaltung, die Streiktage zu bezahlen.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 18 März (Dr.) Am gestrigen Nachmittag beschoß polnische Artillerie unsere Feldwachen bei Minaisdorf. Wir erwiderten mit Vergeltungsfeuer auf die feindliche Batteriestellung. In den Abendstunden mehrfach Vorstöße feindlicher Patrouillen bei Netzfelde, die durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zurückgewiesen wurden.

Falsche Gerüchte.

Wien, 17. März. (Dr.) Wie das Wiener Korrespondenzbüro mitteilt, ist an zuständiger Stelle von den von verschiedenen Seiten ausgehenden Gerüchten von einer angeblichen Entscheidung über das Schicksal Deutsch-Böhmens und Deutsch Südtirols nichts bekannt.

Französisch-schweizerische Besprechungen in Paris.

Bern, 17. März. (Dr.) (Schweizerische Depeschenagentur.) Bundesrat Kolander, Nationalrat Alfred Frey und Professor Huber begaben sich heute nach Paris zur Besprechung von Fragen, die mit dem Volksbund im Zusammenhang stehen. Diesen Herren wird sich in Paris Professor Rappard anschließen.

Aus dem Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 16. März.

Berlin, 17. März. (Drahtnachricht). General von Hammerstein ersuchte um die Erlaubnis, Lebensmittel aus Rotterdam zur See nach Hamburg, Stettin, Warnemünde, Rostock und Wismar zu befördern, da die Beförderung zu Lande zum Teil unmöglich sei. Foch gestattete vorbehaltlich der Zustimmung desKommandierenden Generals in der Ostsee zurLebensmittelversorgung der deutschen Truppen inWindau die Küstenschiffahrt zwischen Libau und Windau. Wie die englische Kommission mitteilte, besteht kein Einfuhrverbot für Rohmaterialien in das von den englischen Truppen besetzte deutsche Gebiet. Ausfuhrerlaubnisgesuche aus der englischen Zone nach dem unbesetzten Deutschland sind an die wirtschaftliche Abteilung der englischen Besatzungsbehörde in Köln zu richten. Ueber würdeloses Benehmen und Beschimpfungen seitens der französischen Behörden in den Reichslanden gegenüber entlassenen deutschen Offizieren erhob die deutsche Kommission Beschwerde.

Bevorstehende Ankunft deutscher Unterhändler in Versailles.

Nach einer Meldung des „Lokalanzeiger" sind laut „Daily Mail" im Grandhotel Moderne in Versailles 66 Zimmer für die deutschen Delegierten, die übernächste Woche aus Paris eintreffen sollen, in Bereitschaft gesetzt worden. Der Aufenthalt der deutschen Delegierten werde voraussichtlich nur 4 Tage dauern.

Gegen das Rätesystem als politische Macht.

Berlin, 17. März. (Dr) Wie das „Berl Tageblatt" aus Bielefeld berichtet, sprach sich auf der Konferenz der Arbeiterräte des Regierungsbezirks Minden Severing-Bielefeld in scharfen Worten gegen das Rätesystem als dauernden politischen Machtfaktor aus, dagegen für die Verankerung der wirtschaftlichen Befugnisse zwecks Entwicklung zum demokratischen Fabriksystem. Eindringlich warnte er vor dem Kommunismus, da die Arbeiter dafür noch nicht reif seien. Die Versammlung stimmte einmütig zu.

Die Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft.

Berlin, 17. März. (Drahtnachricht). In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes hielt heute Unterstaatssekretär des Reichswirtschafts-Ministeriums von Nollendorff einen längeren Vortrag über die der deutschen Volkswirtschaft in den nächsten Jahren bevorstehende Aufgabe und deren von dem Reichswirtschafts-Minister geplante Lösung. Er betonte dabei, daß das völkische Selbstbestimmungsrecht auch das wirtschaftlicheSelbstbestimmungsrecht einschließen müsse. — Bei der nachfolgenden Aussprache wurde insbesondere die Frage des Ein- und Ausfuhr-Verbots und verwandter Wirtschaftsprobleme erörtert.

Beendeter Bergarbeiterstreik.

Bochum, 17. März. Die Verhandlungen der Zechen-Metall- und Uebertagarbeiter von Deutsch-Luxemburg mit der Leitung der Gewerkschaften haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeiter haben den Streik für beendet erklärt. Heute morgen sind die Belegschaften eingefahren.

Pichon über die Landung polnischer Truppen in Danzig.

Paris, 16. März. Bei einem Empfang der alliierten Journalisten sagte Pichon nach einer Havasmeldung u. a. in Bezug auf Polen: Die Abreise polnischer Truppen nach Danzig ist grundsätzlich beschlossen; französische Offiziere sind ebenfalls beauftragt, nach Polen zur Verstärkung des Heeres zu gehen.

Das wahre Gesicht des Bolschewismus.

Paris, den 12. März. Aus Stockholm wird gemeldet: Der norwegische Sozialist Gunter Wold, welcher in Gesellschaft des berühmten Worowski nach Rußland gefahren ist, um die bolschewistische Regierung kennen zu lernen, ist nach Stockholm zurückgekehrt. Die Mitteilungen, die er den Sozialisten gibt, stellen vielleicht die schärfste Anklage dar, die jemals gegen die Sowjetrepublik erhoben worden ist. Ganz Rußland — sagt Wold — befindet sich dauernd im Belagerungszustand. Die Bolschewiken haben alle politischen Parteien vernichtet, indem sie die Führer verhafteten und die Kapitalien konfiszierten. Weit entfernt davon, allen ein glückliches Dasein zu sichern, haben sie alle gleich gemacht in Elend und Hunger. Selbst die bezüglich der Lebensmittel privilegierten Arbeiter würden des Hungers sterben, wenn sie mit den zugeteilten Rationen auskommen sollten. Den Sowjetbeamten wirft Gunter Wold Mangel an administrativer Erfahrung vor, denn sie werden nicht nach ihren besonderen Fähigkeiten ausgewählt, sondern nach der Anzahl der Jahre, die sie bei der alten Regierung im Gefängnis gesessen haben. Uebrigens sei die Mehrheit dieser Beamten Emigranten, welche Rußland garnicht kennen. Die bolschewistische Organisation hat eine skandalöse Vereinigung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt geschaffen. Nur ein Blinder oder ein Unvernünftiger — dies sind eigene Worte Wolds — könnte behaupten, daß die Lage der Arbeiter heute besser sei als bei der früheren Ordnung. Die Sowjets vermehren die Anzahl der Schulen, aber die Schulen sind leer, denn die Schuljugend muß zu Hause die jüngeren Geschwister bewachen, während die Eltern nach nach einem Stückchen Brot jagen. Den jetzigen Machthabern in Rußland ist nur die Organisation der Armee gelungen, aber diese Rote Armee besteht aus Elementen, denen der Sozialismus vollkommen fremd ist, und welche den Reglements des Zarats unterworfen ist. Trotzki der oberste Chef dieser Armee, nimmt die Allüren eines Generalissimus an, ja sogar eines Souveräns, und angeblich, wie früher der Zar, soll er den Soldaten Uhren schenken, die sich durch Mut ausgezeichnet haben. Auf dem russischen Gebiet sind 400—500 Territorial-Kommissionen tätig, welche das Recht einer summarischen Exekutive für den Fall einer Verschwörung gegen die Sowjets haben.

Der Erzbischof von Omsk, Sylvester, hat zusammen mit einigen anderen Würdenträgern der orthodoxen Kirche in den von den Bolschewiken befreiten Gegenden an den Papst, an die Erzbischöfe in Paris, London und New-York, an die Metropoliten in Belgrad, Bukarest und Athen sowie an alle östlichen Patriarchen ein Telegramm nachstehenden Inhalts abgesandt: Die Bolschewiken vollenden in Rußland das Werk der Zerstörung der Zivilisation, verfolgen die Religion und den Klerus, zerstören die Kirchen und Tempel, die vom russischen Volke verehrt werden. Die historischen Sakristeien und Bibliotheken in Moskau sind beraubt worden. Die Bolschewiken haben sich der größten Profanation der Religion schuldig gemacht dadurch, daß sie die Sozialisierung der Frauen erklärt haben. Ueberall herrscht Tod und Hunger. Das Volk ist erschöpft von den Greueltaten der Bolschewiken. Das Telegramm schließt mit einem Appel um Hilfe.

Die trostlose Lage der Eisenbahnen in Rußland.

Helsingfors, 16. März. (Dr.) Nach Meldung der russischen Presse ist in Sowjet-Rußland der Personenverkehr auf den Eisenbahnen vollständig eingestellt worden. Die Transportkrise hat sich so verschärft, daß die Eisenbahnen für die nächste Zeit ausschließlich für den Transport für Lebensmittel und Kohlen zur Verfügung stehen müssen.

Preußische Landesversammlung.

Dritte Sitzung vom 15. März.

Zu den Anfragen betr. die Loslösung der Rheinlande von Preußen, die Trennung von Teilen Posens, West- und Ostpreußens und Oberschlesiens von Preußen, die Unteilbarkeit und Unversehrtheit des preußischen Staates, den polnischen Aufstand und die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Polen erklärt Ministerpräsident Hirsch die Bereitwilligkeit der Regierung, die Interpellationen zu beantworten. Ueber den Termin werde sie sich mit dem Präsidenten des Hauses einigen.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen.

Abg. Dr. Hergt (Dtsch.-Natl.): Wenn der Ministerpräsident von dem alten Preußen nichts weiter zu sagen wußte, als daß es ein Hort der Reaktion, des Junkertums und der Klassenherrschaft wäre, so ist das eine äußerst befremdliche und einseitige Auffassung, die das Wesen des alten preußischen Staates völlig verkennt. Wir wissen sehr wohl, daß bei der gegenwärtigen Konstellation die Einführung der Republik auch in Preußen beschlossen und besiegelt ist, wir haben uns damit abgefunden, unter einer republikanischen Staatsgewalt zu leben. Aber den monarchischen Gedanken kann uns niemand abspenstig machen. In tiefer Dankbarkeit gedenken wir dessen, was das Hohenzollernhaus für Preußen getan hat. Deshalb wollen und können wir von dem Gedanken nicht lassen, daß für unser Volk die Monarchie die richtige Staatsform ist. Fern liegt uns der Gedanke an Gegenrevolution, denn wir sind nicht gewissenlos genug das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Ferner beantragen wir, die vollziehende Gewalt einem Staatspräsidenten zu übertragen. Das Reich muß an Preußen eine starke Spitze finden.

Ministerpräsident **Hirsch**: Ich als Sozialdemokrat konnte natürlich keine Rede halten, die den Beifall der Herren von der Rechten findet. An der Umwälzung seit dem 9. November trägt nicht die Sozialdemokratie die Schuld, sondern die Parteien, die sich jeder Reform widersetzt haben. Eine Klassenherrschaft hatten wir früher, die heutige Regierung will nicht, daß diese durch eine neue Klassenherrschaft, die Diktatur des Proletariats, ersetzt werde. Wir stehen fest auf dem Boden der Demokratie. Ein Staatspräsident für Preußen ist nicht notwendig. Er könnte aufgefaßt werden als ein Ersatz des Monarchen. Diesen Eindruck wollen wir vermeiden. Die andern Bundesstaaten haben auch keinen Staatspräsidenten. Ich bitte Sie, möglichst schnell zu arbeiten, damit möglichst bald eine ordnungsmäßige Regierung gebildet wird. (Beifall).

Abg. **Heilmann** (Soz.): Alles, was Herr Hergt sagte, klingt sehr nach gutem Willen, aber in der Sache ist er mit einer Schärfe vorgegangen, die von Provokation nicht weit entfernt war. Die Deutschnationalen müssen außerhalb der Welt gelebt haben, wenn sie glauben, daß in den Gemeinden alles in schönster Ordnung war. Es ist aber beinahe zum Blutvergießen gekommen, weil ein Zusammenarbeiten der Arbeiter- und Soldatenräte mit den nach dem Dreiklassenwahlrecht zusammengesetzten Gemeindevertretungen nicht möglich war. Im alten Preußen wußte man ja eigentlich nie, was galt. Der Königswille oder der Junkerwille, niemals aber der Volkswille. Wir verstehen Ihre wehmütigen Erinnerungen an die Zeit Ihrer Alleinherrschaft. Wir hoffen, daß die Vorlage aus der Kommission unverändert hervorgehen und der deutschen Nation und Preußen zum Segen gereichen wird.

Abg. Dr. **Zehnhoff** (Ztr.) ist trotz einzelner Bedenken im allgemeinen mit der Notverfassung einverstanden.

Abg. **Heilbronn** (Demokrat): Meine politischen Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß die durch die Vorlage der Nationalversammlung übertragenen Kompetenzen etwas kärglich bemessen sind. Auch in der Notverfassung müßte schon zum Ausdruck kommen, daß diese Versammlung, gewählt auf Grund des freiesten Wahlrechts, nicht eine politische Einrichtung ist, die man nach Hause schickt, wenn sie ihre Schuldigkeit getan hat, daß sie vielmehr das souveräne Organ des Volkes ist, berufen zur vollen Gesetzgebungsmacht für das preußische Volk. Deshalb halten wir es nicht für richtig, daß man dazu übergegangen ist, das Kommunalwahlrecht auf dem Wege der Verordnung zu regeln. Diese Regelung dürfte nicht der Entscheidung eines Parteiausschusses von 5—6 Leuten überlassen bleiben. Von 2 großen Gesichtspunkten lassen sich meine politischen Freunde bei ihrer Stellungnahme zu dieser Vorlage leiten: einmal das Bekenntnis zum Reich als einen starken Einheitsstaat und dann das Bestreben, eine feste Staatsinstanz zu schaffen für die geordnete Fortführung der Geschäfte.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.) tadelt, daß der Entwurf die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkenne. Redner begründet dann eine Reihe von Abänderungsanträgen.

Abg. Dr. v. **Richter** (D. Vpt.): Wir widerstreben durchaus dem Gedanken einer Zerschlagung Preußens und kommen aus diesen Erwägungen zu der Forderung eines preußischen Staatspräsidenten. Wir sind bereit, auf dem Boden dessen, was nun mal geschehen ist, an dem Wiederaufbau und Neubau Preußens mitzuarbeiten.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 27 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Antrag Hoffmann und Antrag von Kries.

---

4. Sitzung vom 17. März, 12 Uhr mittags.

Wegen Verweigerung der Ausstellung von Ausweisen durch die Polen haben wiederum verschiedene Mitglieder nicht erscheinen können. Zahlreiche weitere Einsprüche und Verwahrungen sind eingegangen gegen das Vorgehen der Polen in den östlichen Landesteilen, ebenso gegen den Plan der Errichtung eines selbständigen Staates Hannover.

Die Beratung des Antrages der Unabhängigen, betreffend

Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes

wird fortgesetzt. Hierzu liegt ein Antrag Adolf **Hoffmann** vor, sofort eine Untersuchungskommission einzusetzen, die, bestehend aus einer gleichen Anzahl Mitglieder der Landesversammlung und des Berliner Vollzugsrats, die Aufgabe hat, die Vorgänge zu untersuchen, welche sich auf den Straßen Groß-Berlins in den letzten Wochen abgespielt haben. Ein Antrag der Abgg. **Auch und Genossen** (Soz) geht dahin, eine Komission von 21 Mitgliedern einzusetzen, die gemäß Artikel 82 der alten preußischen Verfassung die Tatsachen über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen in Berlin vom März dieses Jahres feststellen soll. Die Kommission ist berechtigt, den Justizminister und den Kriegsminister aufzufordern, die gerichtlichen Akten über die aus Anlaß der Unruhen eingeleiteten Strafverfolgungen einzufordern und der Kommission vorzulegen, sobald dies ohne Verzögerung und Störung der gerichtlichen Verfahren möglich ist.

Minister **Hirsch**: Ueber die Mitteilungen der „Berl. Ztg. am Mittag“ betreffend die Lichtenberger Vorgänge habe ich sofort Ermittelungen angestellt und teile mit, daß das Ministerium mit der Sache nicht das geringste zu tun hat. Nach Aussage der Besatzung des Polizeipräsidiums ist diese, soweit die Spartakisten ihrer habhaft wurden, in rohester Weise mißhandelt und unausgesetzt mit Erschießen bedroht worden. Ein höherer Polizeibeamter wurde nicht weniger als drei Mal an die Wand gestellt und ihm jedes Mal gesagt, jetzt werde er erschossen. Dann wurde er freigelassen und nach einer Stunde wiederholte sich dasselbe Manöver. Wenn das nicht grausam ist, dann weiß ich nicht, was grausam ist. Nach den bisherigen Meldungen ist ein Beamter vom Polizeipräsidium gefallen. Ein anderer Beamter ist nach furchtbaren Mißhandlungen auf der Straße, anscheinend im Depot, erschossen worden. Ein anderer Beamter, Schönfelder, ist aus seiner Wohnung geschleppt und gräßlich mißhandelt worden, auf einen weiteren ist auf der Straße mehrfach geschossen worden, einer ist verschwunden, sein Schicksal ist unbekannt. Alle Beamte haben infolge der fortgesetzten Bedrohungen und Mißhandlungen schwere Nervenerschütterungen erlebt. Die bisher festgestellten Vorkommnisse in Lichtenberg rechtfertigen allein schon in vollem Umfange die nunmehr aufgehobenen verschärften militärischen Bestimmungen. Volles Licht in die ganze Angelegenheit wird ja hoffentlich die parlamentarische Untersuchungs-Kommission bringen, wie sie von den Herren Auch und Genossen beantragt wird. Auch der Regierung liegt daran, daß die Schuld restlos festgestellt und die Wahrheit ermittelt wird.

Kriegsminister **Reinhardt**: Es ist wohl kein Wort darüber zu verlieren, daß Soldaten, die 4½ Jahre die Verteidigung der Heimat gegen äußere Feinde ausgeübt haben, nur mit blutendem Herzen ihre Pflicht im Bürgerkampf erfüllen. Bei Beurteilung der Tatsachen lassen Sie folgendes auf sich einwirken: Wie finden sich denn die Waffen zu gewaltigen, in den Händen verbrecherischer Aufrührer befindlichen Lagern zusammen? Wie kommen selbst Geschütze in die Hände sogenannter Unschuldiger und wie speisen sie diese Kampfwerkzeuge planmäßig und reichlich mit Munition? Wie oft hat schon die Volksregierung seit dem 9. November verordnet und gemahnt, die Waffen abzugeben. Am gestrigen Sonntag sind in Adlershof 27 Maschinengewehre, 650 Gewehre und Karabiner, 2321 Seitengewehre, 475000 K.-Patroneneingebracht worden. (Lebh. Rufe: Hört, hört! — Zuruf bei den U. S.: Auf der Kommandantur! — Lärm. Widerspruch und Pfui Rufe rechts. Abg. Adolf **Hoffmann** ruft: Sie belügen das Volk!

Die Verhängung des Belagerungszustandes war vom militärischen Standpunkte aus eine ganz unerläßliche Maßnahme. Die Verhängung des Standrechts ist nur einer äußersten Notlage entsprungen. Eine Division der Regierungstruppen hatte schon am 13. März abends rund 20 Offiziere und 80 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Einzelnen dieser im Kampfe für die Ordnung Umgekommenen sind dabei von eigenen Volksgenossen schwere Marterungen in unbegreiflicher Roheit bereitet worden. Die blutige Störung unseres Friedens kommt von Verbrechern oder Verirrten, denen der gesunde Menschenverstand vollkommen abhanden gekommen ist. Nach dem Erlaß des Standrechts würde das Blutvergießen gleich aufgehört haben, wenn die Spartakisten die Waffen niedergelegt hätten. Daher ist es ein Pharisäertum, über das Standrecht zu jammern, aber die Urheber der ganzen Not mit dem Mantel der Liebe zu decken. Der Minister nimmt weiterhin die Truppen gegen die Vorwürfe der Disziplinlosigkeit, der Plünderung und des Mordes in Schutz. Die Mehrzahl der Untaten fällt verwahrlosten Jugendlichen und Drückebergern zur Last, wie sie in den letzten Kriegsmonaten oft in engster Gemeinschaft mit den Fahnenflüchtigen zu finden waren. Daß Herr Adolf Hoffmann den Kaiser auf die gleiche Stufe mit den letzteren gestellt hat wegen seiner Abreise nach Holland, muß jeden Soldaten in seinem Gerechtigkeitsgefühl tief verletzen. Auch die sozialistische Regierung braucht geübte Truppen. Heute, nach Wiederherstellung der Ruhe in der Hauptstadt, wollen wir den braven Offizieren und Mannschaften und auch dem Oberbefehlshaber Noske danken. Das deutsche Volk ist sich einig, unter der Führung der Volksregierung zu kämpfen gegen gewalttätige Verbrecher, die unsern Frieden und unsere Freiheit stören.

Eingegangen ist ein Antrag **Gronowski** (Ztr.) betr. Ausdehnung der Untersuchung durch die Kommission auch auf die Unruhen in anderen Teilen Preußens.

Abg. **Siering** (Soz): Der Selbstzerfleischung muß endlich Einhalt geboten werden, sonst treiben wir dem Abgrunde entgegen. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus dem Zustand der Raserei herauszukommen: das ist Arbeit, kulturfördernde Tätigkeit. Die Unabhängigen jammern über das unschuldig vergossene Blut, aber mit keinem Wort hat der Abg. Hoffmann diejenigen verurteilt, die es zu den Kämpfen der letzten Zeit haben kommen lassen, die Spartakisten, die zuerst mit Waffengewalt vorgegangen sind. Die Unabhängigen sind schuld, wenn Truppen zum Schutze der Demokratie herbeigezogen werden mußten. Wenn die Arbeitermassen wieder Arbeit und Lebensmittel bekommen, dann ist es mit der Herrschaft der Unabhängigen vorbei. Eine Einigung der Arbeiter gibt es nur noch auf dem Boden der Demokratie. Ist es nicht auffallend, daß die Presse der bürgerlichen Demokratie und der Mehrheitssozialisten immer unterdrückt wird und die „Deutsche Tageszig.“ nicht? Der Belagerungszustand kann erst aufgehoben werden, wenn wieder Ruhe und Ordnung in Berlin ist.

Abg. **Gronowski** (Ztr): Ist der Regierung bekannt, daß die Unabhängigen und Spartakisten zum 26. März einen neuen Generalstreik planen? Die Behauptung, daß die Bauern streiken wollen, ist übertrieben. Die Bauern stehen nicht hinter den konfusen Reden des Oldenburg.

Abg. **Riedel** (Dem.): Ein Putsch nach dem andern wird organisiert, darin steckt System, das Ziel ist Anarchie und Chaos. Das gilt auch von dem letzten Putsch in Berlin. Zuerst versuchte man die Nationalversammlung in Weimar abzuschnüren und dann sollte es in Berlin losgehen. Die neue Regierung hatte man ja schon bei der Hand, da hier zufällig am 2. März der Parteitag der Unabhängigen stattfand. Niemals ist ein Streik leichtsinniger vom Zaun gebrochen worden als dieser. Er hatte lediglich den Zweck, den politischen Putsch zu inscenieren. Darum erstürmte man unmittelbar nach Proklamation des Streiks 52 Polizeireviere. Gleichzeitig begann auch der systematische Raub- u. Plünderungsfeldzug. Gestern hat in der Beußelstraße bei den Parteigenossen des Herrn Adolf Hoffmann ganze Reisekörbe voll geplünderter Gegenstände vorgefunden. In Halle hat man die arbeitswilligen Eisenbahnarbeiter mit Waffengewalt vom Bahnhof vertrieben, in Düsseldorf schossen die Unabhängigen ganz wahllos mit Maschinengewehren in einen Umzug meiner Parteifreunde hinein mit dem Ergebnis: 14 Tote und zahlreiche Verwundete. In Berlin ist es nicht anders zugegangen. Als der Generalstreik sich bereits seinem Ende näherte, versammelten sich die Vertrauensmänner des Eisenbahnerverbandes in Rummelsburg. Die Unabhängigen haben das Versammlungslokal mit Hilfe von 200 Bewaffneten belagert, Handgranaten in den Saal geworfen und auf die Herauskommenden mit Gummiknüppeln und Waffen losgeschlagen, sodaß es 40 Schwerverletzte gab. An Ihren (z. d. U. S.) Fingern klebt das Blut dieser ehrlichen Arbeiter. Der Regierung kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht rechtzeitig zum Schutz der Arbeiter eingegriffen hat. Dem Antrag Auch stimmen wir zu. Wir wünschen einen Frieden der Gerechtigkeit. Erst dann wird unser Volk aus seinem Fiebertum genesen.

Abg. Dr. **Kauffmann**: Wir erwarten von der Regierung, daß sie in Zukunft fest zugreift.

Abg. **Obuch** (U. S): Wir Unabhängigen wollen nicht den Kampf gegen Personen, sondern gegen das System, wir verwerfen alle Gewaltmittel. (Lachen bei den Soz. — Zur.: Theorie und Praxis!) Eigentlich hatte ich meinen Parteigenossen versprochen, nicht über Düsseldorf zu sprechen. (Gel. und Zur.: Das glauben wir! Heißes Eisen!) Ich war allerdings für ein Standrecht nach dem 9. November zum Schutze der Revolution. (Lebh. Hört. Hört! — Rufe. — Zur.: Dieser unreife Mensch hat Düsseldorf ruiniert!) Wir haben zu weitgehende Maßnahmen der Spartakisten verhindert. (Lachen und Widerspr. — Zur: Sie haben die 14 ermordeten Demokraten auf dem Gewissen! Heraus mit dem gestohlenen Gelde!) Auch wir verurteilen die Plünderer und unlauteren Elemente. (Err. Rufe: Düsseldorf! München! Presseunterdrücker! Wo haben Sie das Düsseldorfer Geld! Plünderer Räuber!) Die allgemeine Erregung steigt, man hört die Rufe: Langfinger! Wir verlangen so schließt Redner, eine Kommission mit richterlichen Befugnissen und sofortige Beseitigung des Belagerungszustandes.

Justizmin **Heine**: Herr Obuch hat in Düsseldorf schon vor der Revolution die sozialdemokratische Zeitung besetzt und ihre Redakteure hinausgeworfen. In zwei Instanzen im Zivilprozeß wurde das für ungesetzlich erklärt. Herr Obuch wußte das als Verteidiger und hat nach der Revolution wieder veranlaßt, daß die Zeitung vergewaltigt wurde. (Stürm. Pfui-Rufe) Und dann stellt sich dieser Mann und fordert Preßfreiheit. Solange uns angedroht wird, am 25. den Generalstreik zu beginnen, solange müssen wir die Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebrauchen.

Abg. **Hollmann** (Deutsche Vp.) gibt eine eingehende Darstellung der Lichtenberger Vorgänge und berichtet von einigen Grausamkeiten der Spartakisten gegenüber Regierungssoldaten.

Nach einem Schlußwort des Abg. Adolph **Hoffmann** (U. Soz.) vertagt sich das Haus um 8¼ Uhr auf Mittwoch 2 Uhr. (Anfragen; Abstimmung über Antrag Hoffmann mit den Unteranträgen; zweite und dritte Lesung der Vorverfassung; Diätengesetz; Anträge aus dem Hause.)

Aus Stadt und Land.

Thorn, 18. März 1919.

— **Danziger Privat-Aktien-Bank.** In der Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. März wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1918 vorgelegt und beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7½ Prozent wie im Vorjahre vorzuschlagen.

— **Ausgestaltung der Deutschen Volksräte.** In den Gebieten, in denen die polnische Gefahr brennend geworden ist, sind in den letzten Wochen Hunderte von Deutschen Volksräten entstanden. Mit elementarer Wucht hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß in dieser Stunde schwerster Gefahr für die deutsche Kultur, die alle Parteien eint, ein Zusammenschluß auf der Grundlage des Deutschtums, ein Abwehrbündnis aller, die vom deutschen Geiste durchdrungen sind, unbedingt erforderlich sei. Nicht ein Stamm eng begrenzter Ausschüsse aus abgeschlossenen Gesellschaftsschichten, sondern nur eine wirkliche Volksorganisation kann die schweren Aufgaben erfüllen und in die Welt hinaus den großen allgemeinen Notschrei, den Schrei um Gerechtigkeit tragen. Nur eine Massenorganisation ist imstande, in dem neuerstandenen demokratischen Reiche, in dem keine Obrigkeit und keine Machtpolitik mehr den Deutschen Vorrechte einräumt, dem deutschen Geiste Rückgrat und Stütze zu sein. Die Schöpfung von Deutschen Volksräten, die alle Parteien umfassen, hat in Oesterreich, wo der Gedanke von den Sozialdemokraten Adler und Banner ausgegangen ist, die besten Früchte gezeitigt. Die stürmische und unaufhaltsame Bewegung des Anschlusses ans deutsche Reich ist ihr Werk. In der gleichen Weise, wie sich die Polen ohne Parteiunterschied zu Volksräten zusammentaten um ihre nationale Eigenart zu pflegen, haben sich in der Provinz Posen, in ihrem „besetzten“ wie in ihrem „unbesetzten“ Teile, Deutsche Volksräte auf der Grundlage politischer Vorurteilslosigkeit gebildet, und das Bestreben geht dahin, auch die westpreußischen Deutschen Volksräte zu wirklich volkstümlichen, alle Gesellschaftsschichten umschließenden Gebilden auszugestalten, nicht etwa zu Angriffsorganisationen gegen das Polentum innerhalb unseres Staatswesens, sondern zu Pflegestätten deutscher Kultur. Diesem Bestreben soll in Thorn eine Volksversammlung dienen, die am Donnerstag um 6 Uhr im Viktoria-Saale stattfinden wird. Vorträge haben übernommen der Schriftsteller Georg **Cleinow**-Bromberg, der bekannte Herausgeber der „Grenzboten“, und der Schriftsteller Karl Arthur **Vollrath**-Berlin. Alle deutschen Männer und Frauen Thorns werden gebeten, in Massen zu erscheinen.

— **Verband der Büroangestellten.** Am 15. März hielt der Verband der Büroangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Thorn im Hotel Dylewski seine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Dem Anschluß zum Kartell der freien Angestelltenverbände wurde nach einem Vortrag des Vorsitzenden, Herrn **Densow**, zugestimmt. Der Vortragende hatte einen kurzen Ueberblick über den Mitgliederbestand gegeben, wonach die Mitgliederzahl der Ortsgruppe innerhalb Monatsfrist um das Doppelte gestiegen ist. In den Vorstand wurden 2 weitere Mitglieder und zwar zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr **Gerick** und zum stellvertretenden Schriftführer, Herr **Gibbe**, gewählt.

— **Thorner Schachverein.** Am 13. d. Mts. hielt der Verein im Löwenbräu seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist zu erwähnen, daß der Verein sich während des Krieges zwar nicht durch Zunahme an Mitgliedern entwickelt hat, daß jedoch die Spielabende regelmäßig stattgefunden haben, an denen sich immer eine größere Zahl hier anwesender Herren vom Militär als Gäste beteiligten. Das Durchhalten des Vereines ist besonders Herrn Rechnungsrat **Gestwicki** zu verdanken. Der Verein begann das erste Friedensjahr mit nur 6 Mitgliedern. Seinen Bemühungen ist es gelungen, die Zahl derselben schon am zweiten Spielabend auf 18 zu erhöhen. Die Hauptversammlung wählte zum ersten Vorsitzenden Herrn Veterinärrat **Voelkel**, zum zweiten Herr Rechnungsrat **Gestwicki**, zum Schriftführer Herrn Buchhändler **Fischer**, zum Kassenverwalter Herrn Kaufmann **Getzel**. Es wurde beschlossen, Anfang April einen Lehrkursus für Anfänger (Damen und Herren) zu eröffnen, der von den Herren Rechtsanwalt Dr. **Wiener** und Kaufmann **Pünchera** geleitet werden wird. Die Lehrstunden sollen möglichst an den Sonntagen von einhalb zwölf bis ein Uhr erteilt werden. Diese Zeit erscheint am geeignetesten, da die am 1. April in Kraft tretende allgemeine Sonntagsruhe allen Ständen die freie Zeit hierfür gewähren wird. Der Verein sieht es als seine Aufgabe an, das edle Schach, die

Königin der Spiele, in weite Kreise einzuführen und bittet Anmeldungen zu dem Lehrkursus der ohne Vergütigung erteilt werden wird, bei Herrn Buchhändler Fischer (Buchhandlung Max Gläser) abzugeben. Zu den Hauptspielabenden an jedem Donnerstag, vorläufig von sechs bis einhalb neun Uhr, sind Gäste, die beabsichtigen Mitglied zu werden stets herzlich willkommen.

— **Die Thorner Gemeinnützige Gartenstadt-Gesellschaft** hielt Sonntag ihre erste Versammlung nach dem Kriege ab, um festzustellen, ob und mit welchen Aussichten eine Weiterarbeit unter den veränderten Verhältnissen möglich sei. In der Aussprache, an der sich außer dem Vorsitzenden, Herrn Regierungs-Baumeister Feyerabend, besonders die Herren Stadtbaurat Kleefeld, Stadträte Weese und Dr. Meyer und Mag.-Kalkulator Schulze beteiligten, kam die Ansicht zum Ausdruck, daß eine Weiterarbeit durchaus aussichtsvoll sei, trotzdem die Baustoffpreise und Löhne die gewaltige Steigerung aller anderen Produkte mitgemacht hätten und auf einen Rückgang auch im nächsten Jahre noch nicht gerechnet werden könne. Dagegen werde die Stadt den Bestrebungen durch Hergabe von billigem Bauland nach Möglichkeit entgegenkommen. Eine wertvolle Unterstützung dürfte außerdem die durch das preußische Wohnungsgesetz Art. 8 vom März 1918 vorgesehene Beteiligung des Staates bilden. Auf Antrag des Herrn Stadtrat Weese wurde die Entschließung angenommen, sofort die zur Gründung der Genossenschaft nötigen Vorarbeiten vorzunehmen. Auskunft an Interessenten erteilt der Vorsitzende, an den auch Anträge zur Mitgliedschaft zu richten sind.

— **Der nächste Vortrag über Staatsbürgerkunde,** den Herr Rechtsanwalt Stenzel für die Mitglieder der demokratischen Partei halten wird, findet am Dienstag, dem 25., statt.

— **Frauenwohl Thorn.** Parteiloser Verein für die staatsbürgerliche Erziehung der Frau. Mittwoch, den 19. d. Mts. hält Herr Oberlehrer Carstenn im „Tivoli" nachmittags einen Vortrag über „Psychologische Berufsberatung", worauf nochmals hingewiesen sei. Der Gegenstand dürfte weitere Kreise angehen, daher findet dieser Vortrag dankenswerter Weise auch für die Oeffentlichkeit statt. Näheres im Anzeigenteil.

— **Schuhmachergesellen für 150 Mark Wochenlohn** werden laut Ankündigung einer Danziger Zeitung gesucht. Was werden da die Stiefel kosten?

— **System Raube.** Vor dem Gouvernements-Kriegsgericht wurde am 13. u. a. folgender bezeichnender Fall verhandelt: Der Kanonier Franz Switalski vom Feldart.-Regt. 81, im Zivil Fabrikarbeiter aus Culmsee, hatte sich wegen militärischer Unterschlagung und Wachvergehens zu verantworten. Am 3. Januar hatte er Wache auf dem Stadtbahnhof und mußte den eintreffenden Soldaten, sofern sie Munition bei sich führten, die Patronen abnehmen. Dabei trat der ihm bekannte Franz Lewicki aus Culmsee an ihn heran und flüsterte ihm ins Ohr, er möchte ihm Patronen besorgen. Switalski übergab dann auch einem gewissen Czaykowski 35 Rahmen mit Patronen, die dieser dem Lewicki abgeben sollte. Glücklicherweise wurden sie aber dem Czaykowski abgenommen, so daß sie nicht nach Culmsee zu den Polen gelangten. Das Kriegsgericht verurteilte Switalski zu 9 Monaten Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft abgerechnet werden. Man sieht hieraus wiederum, wie der damals unter Raubes Leitung stehende Thorner Soldatenrat gearbeitet hat. Deutsche, aus dem besetzten Gebiet zurückkehrende Soldaten, mußten sich auf dem Thorner Bahnhofe von polnisch gesinnten Soldaten entwaffnen lassen, um den Polen für ihre Angriffe gegen die Deutschen die dazu nötige Munition zu liefern.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 19. März Meist heiter, kälter.

Danzig. Gegen die Landung polnischer Truppen. Der deutsche Volksrat von Westpreußen hat auf die Nachricht vom Transport polnischer Truppen über Danzig folgendes Telegramm an die zuständigen Regierungsstellen gerichtet: Die Nachricht von der Absicht, polnische Armeen gegen die Bolschewisten nach Polen zu befördern, hat in Westpreußen große Beunruhigung hervorgerufen. Wir warnen in letzter Stunde nochmals dringend unter Hinweis auf das Blutvergießen in Posen davor, denn die Beförderung polnischer Truppen über Danzig muß unfehlbar zu Unruhen führen. Die bisher ungestört vor sich gehende Beförderung amerikanischer Lebensmittel für Polen würde unterbunden. Sie wäre aber auch schon deshalb unmöglich, weil technisch jetzt Beförderungen von Lebensmitteln und Truppen zugleich undurchführbar sind, da schon erste Arbeitsleistung den ganzen übrigen Verkehr durcheinander gebracht hat. Für die Bekämpfung des Bolschewismus ist aber die Lieferung von Lebensmitteln u. Rohstoffen mindestens ebenso wichtig wie die Stellung von Truppen. Da die Beförderung von Truppen mit gleichem Nutzen und ebenso schnell, aber ohne Gefahr, daß Unruhen entstehen, über Königsberg oder Libau möglich ist, fordern wir, daß keine Truppen über Danzig nach Polen gebracht werden. Deutscher Volksrat für Westpreußen.

Danzig. Die französisch-polnische Kommission, die, wie wir schon mitteilten, am Donnerstag in Danzig eingetroffen ist, besteht aus 30 Personen, Offizieren und Mannschaften, französischer und polnischer Nationalität. Die französischen Führer der Kommission sind Oberstleutnant im Generalstabe Marschall und Fregattenkapitän Gallod. Die Kommission wohnt in ihrem Sonderzuge, da sie voraussichtlich nur kurze Zeit in Danzig bleiben wird. Führer der polnischen Abteilung der Kommission ist ein polnischer Major. Die „Danz. Ztg." bemerkt hierzu: Die Ankunft dieser Kommission in Danzig bedeutet keineswegs daß wir nun schon bestimmt mit einer Landung polnischer Truppen in Danzig zu rechnen hätten. Die Verhandlungen darüber, ob der Danziger Hafen benutzt wird, oder ob man die polnischen Truppen in einem anderen Ostseehafen ausschifft, sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Die Kommission hat lediglich die Aufgabe, sich mit technischen Fragen zu beschäftigen, die sich auf Landungsmöglichkeiten im Hafen und auf Transportmöglichkeiten auf der Eisenbahn beschränken.

Wirsitz. Der Deutsche Volksrat Wirsitz sandte an die Reichsregierung folgendes Protesttelegramm: Die Festsetzung der deutsch-polnischen Demarkationslinie erweckt Besorgnis, daß dies die künftige Landesgrenze werden soll. Das wäre schreiendes Unrecht und empörende Verletzung der Wilsonschen Grundsätze. Die Provinz Posen ist durch hundertjährige Kulturarbeit der Deutschen deutsches Land geworden, dies gilt besonders von dem überwiegend deutsch besiedelten Netzedistrikt. Nur mit List und Gewalt haben die Polen in einem Teil der Provinz die Herrschaft an sich gerissen. **Wir bitten allen Einfluß aufzubieten — im Interesse des künftigen Weltfriedens —, daß das Posener Land deutsch bleibt und daß nicht Hunderttausende von Deutschen in polnische Knechtschaft geraten.**

Thorner Strafkammer.

Thorn, 15. März.

Auf schweren Diebstahl und Hehlerei lautete die Anklage gegen die 20jährige Arbeiterfrau Franziska Wronkowski geb. Czarenecki aus Schönsee. Im Juni v. Js. wurden dem Kaufmann Moses Bruningsohn aus Schönsee aus einem Lagerraum eine Menge Blusen, Kleiderstoffe und andere Sachen im Werte von 4 bis 5000 Mark gestohlen. Der Diebstahl ließ sich nicht gleich aufklären. Erst als im November der Soldatenrat verschiedentlich Haussuchungen abhielt, kam man auf die Spur der Diebe. In der Wohnung der Angeklagten wurden von den bei Bennigsohn gestohlenen Sachen seidene Blusen, Seidenzeug, Kinderstrümpfe und Kittel für zusammen 5 bis 600 Mark gefunden. Die Wronpowski gestand nun ein, daß sie den Diebstahl zusammen mit ihrer Schwester Cecilie Czarnecki auf deren Anstiften ausgeführt habe. Diese hatte sich einen Dietrich besorgt und öffnete mit ihm eine vom Hausflur nach dem Lagerraum des Kaufmanns Benningsohn führende Tür. Dann packten die beiden eine Menge Sachen zusammen und verschwanden mit der Diebesbeute. Die Wronkowski behauptet aber, nur die wenigen bei ihr vorgefundenen Sachen gestohlen zu haben, die Kaufmann Bennigsohn dann wieder zurück erhalten hat. Ihre Schwester Ceciele ist von der Strafkammer zu Berlin wegen des Diebstahls abgeurteilt worden. Bei der Haussuchung wurden aber noch weitere Gegenstände bei der Wronkowski vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb sie sich nicht ausweisen konnte. So fanden sich in einem im Keller stehenden Koffer Zigaretten, Sekt und Wein vor, welche der Bruder Paul der Angeklagten, ein Soldat, in einer Nacht in einem Sack gebracht hatte. Im Bett versteckt fand sich Seidenzeug, Voile, Unterrocksstoff und Parchen zu Fußlappen vor, die von einem Diebstahl bei Frau Martha Löwenthal in Schönsee herrühren. Diese Sachen will die Angeklagte von ihrem Bruder geschenkt erhalten haben. Die Strafkammer erachtete sie der Hehlerei in zwei Fällen und des schweren Diebstahls schuldig und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten.

Diebstahl wurde auch den 14 und 16jährigen Arbeitersöhnen Wladislaus Maslinski und Theophil Radziminski aus Mlawo zur Last gelegt, während der 17 Jahre alte Besitzersohn Joseph Jankowski der Hehlerei beschuldigt wurde. Ende Dezember 1917 begaben sich die ersten beiden mit dem Arbeitersohn Max Grabowski, der später Soldat geworden ist, zu dem Gasthause der Frau Marianna Nowacki in Mlewo, das diese Frau allein bewirtschaftete. Sie fanden niemand zu Hause und die Türen verschlossen. Durch eine schadhafte Scheibe vermochten sie ein Fenster des Saales zu öffnen, durch das sie dann in das Innere einstiegen. Auf einem Schranke fanden sie ein verschlossenes Käftchen, das Grabowski gewaltsam öffnete und diesem eine goldene Damenuhr im Werte von 80 Mark, eine Herrenuhr mit Nickelkette im Werte von 20 Mark und ein Armband entnahm. Aus den Wohnräumen entwendeten die Burschen dann noch einen Haarbesen, eine Bratpfanne, ein Paar Damenglacehandschuhe, 2 Spulen schwarzes Garn, Zigarren, eine Flasche Parfüm, mehrere Päckchen Nähnadeln und einen Knäuel Baumwolle. Die Herrenuhr verkaufte Grabowski an den Besitzersohn Jankowski für 5 Mark und ein Stück Speck, der sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben sollte. Diese hielt indessen der Gerichtshof nicht für erwiesen, sodaß Jankowski frei gesprochen wurde. Da Maslinski und Radziminski von dem Diebesgut nur wenig abbekommen haben, wurde jeder nur zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Gegen Grabowski ist das Strafverfahren, da ihm als Militärperson der Strafaufschub zu Gute kommt, eingestellt worden.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie

3. Klasse 12. März 1919. Vormittags-Ziehung.

(Ohne Gewähr.)

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

2 Gewinne zu je 3000 Mk. auf Nr. 105455.
4 Gewinne zu je 1000 Mk. auf Nr. 136163, 206104.
12 Gewinne zu je 500 Mk. auf Nr. 12259, 14478, 67414, 74464, 151990, 187066.

12. März 1919, Nachmittags-Ziehung.

2 Gewinne zu je 75000 Mk. auf Nr. 74741.
2 Gewinne zu je 50000 Mk. auf Nr. 78317.
2 Gewinne zu je 15000 Mk. auf Nr. 182661.
2 Gewinne zu je 5000 Mk. auf Nr. 208460.
4 Gewinne zu je 1000 Mk. auf Nr. 58477, 161033.
18 Gewinne zu je 500 Mk. auf Nr. 34408, 62616, 65255, 76689, 86624, 158071, 197056, 206920, 213739.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 19. März 1919.

Evangelisch-lutherische Kirche. (Bachestraße). Abends 5½ Uhr: Passionsandacht. Herr Pastor Wohlgemuth.

Evangel. Kirchengemeinde Gr. Bösendorf. Nachm. 4 Uhr in Gr. Bösendorf Passionsandacht.

Donnerstag, den 20. März 1919.

Garnisonkirche. Nachm. 5 Uhr: Passionsandacht. Herr Divisionspfarrer Salzsieder.

Standesamt Thorn-Mocker.

Vom 9. bis 15. März 1919.

Sterbefälle: Charlotte Radwe 1 Jahr. Elisabeth Brabe 1 J. Arbeiterwitwe Katharina Laskowski geb. Gliminski 52 Jahre. Helene Lewicki 7 Jahre. Schneidermeister Boleslaus Golembiewski 39 Jahre.

Neueste Nachrichten.

Drohender Generalstreik der französischen Eisenbahner?

Bern, 17. März. (Dr.) Wie die Pariser Blätter melden, haben die Eisenbahner von ganz Frankreich in einer in Paris abgehaltenen Delegiertensitzung ihre Forderung, deren Verwirklichung bis zum 15. 3. verlangt worden war, nochmals erörtert und beschlossen, der Regierung zu ihrer Durchführung eine neue Frist bis 1. 5. zu stellen. Gewisse Zensurlücken in den Pariser Blättern gestatten den Rückschluß, daß die Eisenbahner mit dem Generalstreik gedroht haben, falls bis zum 1. 5. ihre Forderungen nicht angenommen würden.

Ein neuer Mordanschlag auf Lenin.

Wien, 17. März. (Dr.) Ein Funkspruch des Wiener Korrespondenzbüros aus Kopenhagen besagt: Wie aus Moskau gemeldet wird, ist auf Lenin neuerlich ein Mordanschlag verübt wurde. Als er im Auto durch die Stadt fuhr, wurden aus einem Hause Schüsse auf ihn abgegeben, die den Chauffeur verletzten, während Lenin nicht getroffen wurde.

Bekanntmachung.

In Abänderung der Nr. 4 meiner Bekanntmachung über den Belagerungszustand vom 28. 2. 19 setze ich vom 18. 3. ab den

Schluß der Wirtshäuser auf 10 Uhr

abends fest. Das Betreten der Straßen ist dementsprechend nach 10 Uhr abends ohne Ausweis verboten.

Thorn den 17. März 1919.

Der Gouverneur.
v. Groddeck, Generalmajor.

Die Beerdigung der verstorbenen

Frau Else Reschke

geb. Dreyer

findet am Mittwoch, den 19. d. Mts., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des altstädt. evang. Friedhofes aus statt.

Die glückliche Geburt eines

gesunden Töchterchens

zeigen erfreut an

Paul Krey u. Frau Martha
geb. **Semrau**

Thorn, den 16. März 1919.

Küchenbetriebsleiterin

stellt ab 1. April 1919 das städt. **Kriegsspeisehaus**, verbunden mit Mittelstandsküche, Bachestr. Nr. 4 ein.

Längere Erfahrung in größeren Küchen ist Bedingung.

Stellenbewerbungen mit Darstellung des Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche werden baldigst an die Speisehausinspektion hier, Bachestraße 4, erbeten.

Thorn, den 12. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Frau **Hammermeister** in **Ottlotschin** gibt die **Sammelstelle für Bauernbutter** auf.

Vom 1. April 1919 ab erfolgt die Ablieferung der Bauernbutter an die **Sammelstelle** bei Frau **Anna Pansegrau** in **Ottlotschin**.

Thorn, den 12. März 1919

Der Kreisausschuß des Landkreises:
Kleemann

Schlosserlehrlinge, Dreherlehrlinge, Kesselschmiedelehrlinge und Formerlehrlinge

stellt sofort ein die

Maschinenfabrik Born & Schütze,

Thorn-Mocker

Lehrlinge

für meine Bildhauerei und Kunststeinfabrik werden eingestellt.

A. Irmer.

Lehrlinge

für

Schlosserei, Gießerei, Tischlerei

stellt ein

Maschinenfabrik u. Eisengießerei E. Drewitz,
G. m. b. H.

Tüchtige

Buchhalterin

zum 1. 4. gesucht.

Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Lebenslauf zu richten unter **E. N. 353** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gesunde, kräftige

Amme

gesucht.

Berger, Ottlotschin.

Habe den Klavierunterricht wieder aufgenommen.

Anmeldungen neuer Schüler jederzeit. Honorar mäßig.

Mise Mazzek, Mellienstr. 54.

Mädchen-Mittelschule I.

Am Donnerstag, den 20 März wird in allen Klassen der

volle Unterricht

aufgenommen. **Lottig.**

Ortsverein der Gemeindebeamten in Thorn.

Versammlung

am Freitag, den 21. März 1919, nachmittags 5 Uhr in Tivoli.

— Tagesordnung: —

1. Bericht des Beamtenausschusses über seine bisherige Tätigkeit.
2. Forderungen der preußischen Gemeindebeamten und Gemeindeangestellten.
3. Satzungsänderung.
4. Aufnahme weiblicher Mitglieder.
5. Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung.
6. Verschiedenes.

Alle Amtsgenossen, auch die wenigen, dem Ortsverein noch fernstehenden, werden um ihr Erscheinen gebeten.

Thorn, den 18. März 1919.

Der Vorstand.

Empfehle meinen

Damen-Salon

Ondulieren :: Frisieren :: Manicüre in u. außer dem Hause.

Kopfwäsche zu jeder Tageszeit.

J. Hoppe Nachf. Fritz Sieg,
Heiligegeiststraße 12

Verkaufe krankheitshalber mein gutgehendes

Hotel und Gastwirtschaft

mit Wiese, unter günstigen Bedingungen. Angebote unter Nr. 366 an die Geschäftsst. der Thorner Ztg..

Kartoffel- und Roggenland

an der Chaussee Thorn—Wiesenburg liegend, verpachtet unter günstigen Bedingungen.

Dom. Wiesenburg bei Thorn.

Geschäftshaus

Thorn-Vorst., in welchem Kolonialwaren u. Schankbetrieb w., außerdem Wohnhaus mit 4 kl. Wohnungen und Garten, auch getrennt, zu verkaufen. Angebote unter Nr. 368 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mk. 10000—14000

2. Stelle, hinter Bankgeld, goldsicher, innerh. ersten Hälfte Feuerversich. bald oder später gesucht. Angebote u. **F. F. 369** an die Gesch. d. Ztg.

Unterricht

der polnischen Sprache in Einzel- und Sammelkursen erteilt

L. Forankiewicz,
Brückenstraße 4.

Polnisch

erteilt mit Erfolg geprüfte Lehrerin. Anfragen unter Nr. 340 bei der Geschäftsstelle dieser Ztg. einsenden.

Rundeichen,

diverse Laubhölzer, wie:

Ahorn, Linden, Rüstern, Kastanien

kauft laufend jeden Posten

Georg Michel.
Dampfsägewerk, Thorn-Mocker,
Fernspr 661.

Schmiedeeiserne Bratpfannen

22, 24, 26 cm, 2 mm stark, 10 cm hoch, fertigen an

Ries & Co.
— Autogenschweißerei. —
Stuttgart, Lerchenstraße 73.

Donnerstag, 20. März, nachmittags 6 Uhr,

im großen Saale des **Viktoria-Parks**:

Deutsche Volks-Versammlung

In der Stunde qualvollster Ungewißheit und drohender Gefahr laden wir

deutsche Männer und Frauen aller Parteien

zum Erscheinen ein.

Referenten: **Schriftsteller Georg Cleinow-Bromberg**, Geh. Reg.-Rat.
Schriftsteller Karl Arthur Vollrath-Berlin.

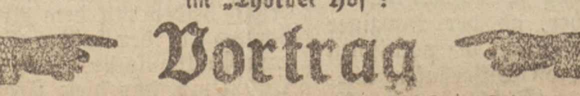
Es handelt sich um Umgestaltung der Deutschen Volksräte zu Abwehr-Organisationen und Stützen deutscher Kultur auf breitester demokratischer Grundlage.

Der Deutsche Volksrat für Thorn.

Deutsche demokr. Partei.

(Jugendgruppe.)

Am Mittwoch, den 19. März, abends 6½ Uhr, im „Thorner Hof":



des Herrn Gymnasiallehrer **Liebrecht**.

„Vom Beobachten, Sehen, Schauen und vom Genießen".

Alle Jugendlichen, die der Jugendgruppe beitreten wollen, werden zu diesem Vortrage eingeladen. **Der Vorstand.**

Frauenwohl Thorn.

Parteiloser Verein für die staatsbürgerliche Erziehung der Frau.

Mittwoch, den 19. März, nachm. 5 Uhr, im „Tivoli"-Saal:

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Oberlehrer **Carstenn** über:

„Psychologische Berufsberatung".

Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Friedrich Wilhelm

Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Gegründet 1866 Berlin W 8 Behrenstr. 58 61

Neue Anträge
wurden eingereicht
seit 1866 bis Anfang

1879: M. 104000000
1889: M. 207000000
1899: M. 523000000
1909: M. 1357000000
1919: M. 2787000000

Versicherung für heimkehrende Kriegsteilnehmer

Vor Abschluß einer Lebensversicherung versäume man nicht, unsere Drucksachen einzufordern. Vor Uebernahme einer stillen oder offenen Vertretung verlange man unsere Bedingungen.

Subdirektion Danzig: Langenmarkt 30.

Achtung! Achtung!

4 Stück

Rein-Aluminium-Kochtöpfe

mit Deckel, in solider Ausführung, 16, 18, 20, 22 Zentimeter Durchmesser, halbhohe gerade Form liefert

zu **58 Mark**

einschließlich Verpackung franko gegen Nachnahme.

Max Schmidt,
Kraghammer in Westfalen

Zigarren, Zigaretten,

Tabak rein, liefert in verschiedenen Preislagen an Private u. Händler (Rabatt). **Schröder**, Berlin W. 57, Potsdamerstr. 76b. Man verl. Offerte.

Bettnässen

Befreiung sofort

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zwerenz, München 532 W.**, Neureutherstr. 13.

Stadt-Theater

Mittwoch, 19. März, 6 Uhr.
Benefiz Fritz Friedrichs.
Außer Abonnement! Neu einstudiert!

„Goldfische"

Lustspiel von Schönthan u. Kadelburg.

Donnerstag, 20. März, 6 Uhr:
Abonnementvorstellung!
Zum 2. Male!

„Goldfische"

Freitag, 21. März, 5½ Uhr:
Zum 9. Male!

„Die Faschingsfee".

Sonnabend, 22. März, 6 Uhr:
Ermäßigte Preise! Zum 3. Male!

„Goldfische."

Sonntag, 23. März, nachm. 2½ Uhr:
Ermäßigte Preise! Zum letzten Male!

„Das Dreimäderlhaus".

Liedertafel

Thorn-Mocker

übt jeden Mittwoch von pünktlich **7 Uhr** abends im Restaurant Rüster.

Der Vorstand.

Deutscher Offizier-Bund

Ortsgruppe Thorn

ladet zu **Donnerstag, d. 20. d. Mts., 6 Uhr nachm** seine Mitglieder zum

kameradschaftlichen Beisammensein

im Offizier-Kasino 61 ein. Auch Offiziere, die noch nicht Mitglieder sind, sind herzlich willkommen. Für Bier und Küche wird nach Möglichkeit gesorgt.

Klein-Kunstbühne

Lämmchen

Gerechtestraße 3.

Sylvia Militta — Elfriede Schall
Grete Söderholm — Hans Bayro
Else Terra — Lilly Horst
Hauskapelle Rueppracht.

Anfang 5 Uhr. Weindiele separat.

Kaiserhofpark Thorn

(Schießplatz).

Die Restaurationsräume sind wieder für den Verkehr geöffnet.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11

Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

**Gasampeln,
Gaslampen,
Gaskronen,
Gasstrümpfe,
Gaszylinder,**

sowie sämtliche Ersatzteile preiswert zu haben

Gustav Heyer,
Breitestraße 6 — Fernruf 517.

Dringende Bitte!

Wer schenkt uns einen

Kinderwagen?

Säuglingsheim, Gerberstr.

Ein mittelgroßer, heller

Laden

Elisabethstraße 12/14, Eingang Strobandstraße, mit darunterliegendem Keller, Gas, elektrischem Licht, Wasser und Zentralheizung versehen, ist per sofort zu vermieten.

Gustav Heyer,
Breitestraße 6 — Fernruf 517.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag (vom 17.—18. d. Mts. sind mir aus meinem Stall eine

4jährige Stute

(an der linken Hüfte ein T eingebrannt) und ein

dunkelbrauner Wallach,

etwa 15 Jahre alt mit Stern, auf der Nase eine eitrige Wunde,

gestohlen

worden.

Bei Wiedererlangung

1000 Mark Belohnung.

Dampfmühlenbesitzer
Julius Janke,
Gurske, Post Roßgarten,
Kreis Thorn.
— Fernruf: Salzeboze. —

Ein goldenes Pincenez

in braunem Lederfutteral am Freitag Mittag von der Ortskrankenkasse bis Bromberger Straße verloren gegangen. Abzugeben gegen gute Belohnung bei Frau **Anna Hübner**, Bromberger Straße 14 II.

---

100 Mk. Belohnung

für Angebot einer

3—4 Zimmerwohnung,

die jetzt oder später zu beziehen ist, Bromberger Vorstadt bevorzugt. Angeb. u. Nr. 361 an die Gesch. d. Ztg.